Beschluss (vorläufig) 2 - Innovativ wirtschaften

Gremium:	LDK Siegen
Beschlussdatum:	10.12.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Die Unternehmen und Beschäftigten haben hierzulande schon viele Veränderungen gemeistert und daraus neue Stärke gezogen. Auch jetzt sind viele Unternehmen und ihre Beschäftigten längst bereit zum Aufbruch: Sie wollen NRW zum ersten klimaneutralen Industriestandort machen. Denn sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und digital.

Die Veränderungen sind groß und bedrohen manches Geschäftsfeld und manchen Arbeitsplatz. Eine Politik, die nur darauf bedacht ist, zu erhalten, was keine Zukunft hat, wird aber auf Dauer mehr gefährden, als sie bewahrt. Wer jetzt konsequent in die Technologien von morgen investiert, wer im besten Sinne vorausschauend vorangeht, wird die Veränderungen zum Positiven gestalten können. Das ist unsere Überzeugung und unser Angebot.

Dafür geben wir der Wirtschaft in NRW einen klaren Rahmen und Unterstützung im Wandel. Mit verlässlichen Regeln, in denen es sich für viele kreative Menschen, Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Mit gezielter Förderung, funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und deutlich effizienteren Verwaltung. Wir werden alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen um die Planungsverfahren für die Transformation zur Klimaneutralität zu beschleunigen.

Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, möglichst vor 2040 klimaneutral zu werden, indem sie in Kreisläufen denkt, Ressourcen schont und unsere Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen zeigen, wie es geht. Klimaneutraler Stahl, grüner Wasserstoff, saubere Chemie und das Bauen der Zukunft sind die Fundamente für den klimaneutralen Wohlstand. Mittelständische Unternehmen, das Handwerk und die vielen Start-Ups sind der Innovationsmotor in NRW. Damit er nicht stottert, starten wir den Klima-Turbo mit besseren Arbeitsbedingungen, unbürokratischer Förderung und einer Fachkräfteoffensive. Wir streiten an der Seite der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Mitbestimmung im Wandel. Soziale und solidarische Unternehmen zeigen, wie Wirtschaft für das Gemeinwohl funktioniert mit uns haben sie eine verlässliche Partnerin.

Wir definieren europäische und globale Verantwortung neu. NRW übernimmt Verantwortung in Europa und der Welt, ohne Wenn und Aber. Lieferketten, die nur durch Umweltzerstörung und Ausbeutung funktionieren, gehören in die Vergangenheit. Ganz egal wo. Wir unterstützen eine Handelspolitik, die globalgerecht ist und verbindliche soziale und ökologische Standards einhält. Unser NRW nutzt die EU-Mittel wie die aus dem Europäischen Green Deal für innovative Ideen für die klimaneutrale Zukunft und schafft neue, sichere Arbeitsplätze.

Nach den Erschütterungen durch die Pandemie bauen wir mit den Unternehmen eine Brücke in eine bessere Zukunft. Tragende Säule ist die Digitalisierung. Mit uns

wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Chef*innensache. Wir werden dafür sorgen, dass Home-Office nicht mehr an der Internetverbindung hängt und digitale Innovationen der Industrie nicht am Ladebalken scheitern. Wir stärken die Verbraucherzentralen, damit Verbraucherschutz nicht denen vorbehalten bleibt, die ihn sich leisten können.

Wir machen NRW zum klimaneutralen Industrieland

Klimaschutz schafft Wohlstand

Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Wer früh und konsequent diesen Weg geht und die Lösungen für eine klimaneutrale Gesellschaft entwickelt, wird im globalen Wettbewerb langfristig die Nase vorn haben. Dabei arbeitet die Wirtschaft von morgen innerhalb der Grenzen, die unser Planet uns setzt. Zögern, zaudern und warten auf den Rest Deutschlands oder gar die ganze EU ist nicht nur ein Risiko für den Klimaschutz, sondern insbesondere für den Industriestandort NRW. Denn die nächsten Jahre sind nicht nur für den Klimaschutz, sondern genauso für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Wir werden NRW mutig auf den Weg zur Klimaneutralität führen und so die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand legen. Dies gelingt, wenn Unternehmen Anreize spüren in die Zukunft zu investieren, ihnen klare Regeln aufgezeigt werden und ihnen Unsicherheiten genommen werden. Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir unterstützen die Einführung eines wirksamen Mechanismus gegen Klimadumping auf EU-Ebene. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben. Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen transparenter, unbürokratischer und damit einfacher gestalten. Mit transparenten und langfristigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards und steigenden Quoten für klimaneutrale Produkte machen wir öffentliche Aufträge zum Treiber der sozial- ökologischen Transformation.
Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien gießen wir das Fundament für eine klimaneutrale, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung der Wirtschaft in NRW.

Mit grünem Stahl den Stahlstandort NRW sichern

Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Wir Grünen in NRW setzen uns für den Erhalt einer nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen ein. Wir werden uns im Bund für einen EU-weit wirksamen Dumping-Schutz einsetzen, der in Zukunft auch Klima-Dumping verhindert. Gleichzeitig müssen Bund und Land den Unternehmen ermöglichen, in neue, klimaneutrale Prozesse zu investieren. Neben degressiven Abschreibungen müssen kurzfristig Klimaverträge (“Carbon Contracts for Difference”) durch den Bund aufgesetzt werden. Diese federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen ab und regen sie an Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem Weg zu klimaneutralem Stahl mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff absolute Priorität.
Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und gezielter Förderung bauen

wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten.

Grüner Wasserstoff – Entscheidend für Klimaneutralität in der Industrie

Die beste Alternative zur Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas ist die Umstellung auf Strom aus Wind, Sonne und Co. Doch wie in der Stahlproduktion, gibt es in der Industrie viele Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu erreichen. Zusätzlich kann er gespeichert einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus erneuerbarer Energie bringt einen Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und Solarenergie untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings nicht ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom, genauso wenig wie ausreichend viel erneuerbaren Strom. Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass er dort zum Einsatz kommt, wo es keine Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie-, der Stahl- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr.

Auch bei einem starken Ausbau der Erneuerbaren wird NRW absehbar den Wasserstoffbedarf nicht vollständig selbst decken können. Der Aufbau von Importinfrastrukturen aus Norddeutschland und mit Pipelines aus dem Ausland muss daher neben einer Erneuerbaren-Offensive Priorität haben. Deutschland will bis 2030 Leitmarkt für Wasserstoff werden. Wir werden dafür sorgen, dass NRW die Chancen nutzt, die sich daraus ergeben. Wir machen NRW zu einem führenden Technologiestandort für grünen Wasserstoff. Hierzu geben wir der Wasserstoff Roadmap NRW ein grünes Update, beseitigen regulatorische Hürden und unterstützen die erforderlichen Investitionen. NRW hat bereits das größte Wasserstoffnetz Deutschlands. Dieses Netz muss mit Hochdruck bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Umnutzung bestehender Erdgasinfrastrukturen muss dabei geprüft werden. Eine Beimischung in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze macht klimapolitisch keinen Sinn und würde nur den Wasserstoff für die Industrie weiter verknappen. Die Forschung und Entwicklung weiterer alternativer Technologien zur treibhausgas-neutralen Produktion und Speicherung werden wir fördern und berücksichtigen.

Damit die Chemie stimmt – Chemieindustrie fit für die Zukunft

Die Chemieindustrie gehört zu NRW und schafft sichere Arbeit für fast 100.000 Menschen. Um die Chemieindustrie auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an. So schützen wir das Klima und sichern mit einer nachhaltigen Chemieindustrie langfristig den Wohlstand in unserem Land. Allem voran steht die sichere Versorgung mit Erneuerbarer Energie. Damit die Chemieunternehmen von Kohle und Erdgas auf Strom aus Wind und Sonne umstellen können, werden wir eine Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien umsetzen, mit dem Ziel, 2035 eine zu 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung zu

haben. Dazu gehört neben neuen Anlagen in NRW auch der Ausbau der Stromnetze damit der Windstrom aus Norddeutschland zu uns nach NRW kommt.

Die zweite große Herausforderung ist die Steigerung des Recyclings. Insbesondere beim chemischen Recycling ist noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit notwendig. Mit dem Aufbau eines Instituts für Kunststoffrecycling bauen wir ein Innovations-Hub für ganz NRW.

Schließlich überwinden wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir stärken die Bioökonomie in NRW, die mit nachwachsenden Rohstoffen aus einem naturverträglichen Anbau eine zukunftsfähige Alternative zu fossilen Grundstoffen für die Chemieindustrie bildet. Wir werden ein Förderprogramm des Landes aufsetzen, das unternehmerische Projekte in der Bioökonomie gezielt unterstützt und so Arbeitsplätze der Zukunft schafft.

Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für klima- und sozialgerechten Strukturwandel

Durch den beschlossenen Ausstiegsspfad und das Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir machen die Kohleregionen zu Leuchttürmen für einen klima- und sozialgerechten Strukturwandel, der neuen Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität schafft für alle Menschen in der Region: Vom Kohle-Kumpel im Tagebau und den Kraftwerken bis hin zu den Menschen in den bis heute vom Tagebau bedrohten Dörfern. Denn wir begreifen die Gestaltung des Wandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die geschundene Natur der Region wird mit uns einen höheren Stellenwert bekommen. Lange genug wurde sie rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Ein erfolgreicher, klima- und sozialgerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW und darüber hinaus.Wir werden das Leitbild für den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiterentwickeln. Generationengerechtigkeit, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind dabei für uns zentrale Aspekte. Der vorgezogene Kohleausstieg erfordert besonders dringlich einen breit getragenen und von den Menschen vor Ort gemeinsam gestalteten Strukturwandelprozess. Wir werden mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft, zum Beispiel durch Bürger*innenräte, und Räume für den gesellschaftlichen Austausch und zwischenmenschliche Begegnungen, schaffen. Wir etablieren eine transparente Beteiligungsarchitektur und klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln. Jedes von uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz, zu einer klima- und sozialgerechten Gesellschaft leisten und im Einklang mit Nachhaltigkeitszielen stehen . Die Menschen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive durch den Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen klimarelevanten Bereichen begegnen.
Neben dem rheinischen Braunkohlerevier steckt auch das Ruhrgebiet weiterhin mitten im Strukturwandel. Gleichzeitig bietet es als (ehemalige) Hochburg der fossilen Energieträger einzigartige Infrastruktur, die für die Transformation der Industrie von zentraler Bedeutung ist. Das Ruhrgebiet ist eine der führenden Wasserstoff-Region Deutschlands und soll diesen Standortvorteil in Sinne NRWs weiter ausbauen und damit zur klimaneutralen Transformation NRWs und Deutschlands entscheidend beitragen.

Zukunftsfeste Arbeitsplätze in den Automobil-Regionen

200.000 Menschen in NRW arbeiten in der Automobilindustrie, viele von ihnen in mittelständischen Zulieferbetrieben. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden Wandel, denn das Auto der Zukunft fährt elektrisch, autonom, vernetzt und wird von mehrerern Nutzer*innen geteilt. Wir unterstützen die Beschäftigen, diesen Wandel zu meistern und werden gegebenenfalls wegfallende Arbeitsplätze durch attraktive Umschulungen und wirtschaftliche Perspektiven sichern.. Die Automobilindustrie ist Impulsgeberin für die gesamte NRW-Wirtschaft und soll es auch bleiben – in Zukunft steht sie für die klimaneutrale Industrie 4.0. Dafür siedeln wir in jeder Autoregion in NRW ein Transformationsnetzwerk an, finanziert aus dem Zukunftsfonds des Bundes. Diese Netzwerke entwickeln gemeinsam mit den Beschäftigten, den Unternehmen und der Politik vor Ort Strategien, wie die Automobilindustrie und die gesamte Region die Chancen des Strukturwandels nutzen können. Sie beraten, vernetzen und bündeln Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups beim Markteinstieg. InBildungsinstituten, die an die Netzwerke angeschlossenen sind, können Beschäftigte sich in Kooperation mit überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und den Hochschulen der Region in Sachen Zukunftstechnologien und Digitalisierung qualifizieren. Sie sollen regionale Orte für das Produkt- und Prozessdesign der Zukunft werden, in denen auch Entscheider aus kleinen und mittleren Unternehmen Impulse und Lösungsansätze auf ihrem Weg in die Industrie 4.0 erhalten.

Wir fördern die Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft – Das Ende der Verschwendung

In einer echten Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht recycelbar. Unser Ziel für NRW heißt „Zero Waste“, bis spätestens 2050. Wir unterstützen Unternehmen auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft mit gezielten Förderprogrammen und klaren Rahmenbedingungen. Landesverwaltungen und landeseigene Betriebe machen wir zu Leuchttürmen der Kreislaufwirtschaft. Denn eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich regional verankert ist, schont die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und Schadstoffe.

Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne und wird dann verbrannt. Wir beenden diese Ressourcenverschwendung und setzen die Pflicht zur getrennten Erfassung von Bioabfällen konsequent um. Die kostenlose Biotonne wird überall in NRW zum Standard.

Das beste Recycling kann nicht den steigenden Bedarf an fossilen und nicht nachwachsenden Rohstoffen kompensieren. Ein Immer-Mehr an Ressourcenverbrauch kann es angesichts der Grenzen, die uns unser Planet setzt, nicht geben. Wir unterstützen Forschung und Projekte für eine auskömmliche Wirtschaft und Gesellschaft, die in diesen Grenzen gedeiht. Mit einem Zukunftsprogramm Bioökonomie und der Einrichtung eines Bioökonomierates NRW stärken und fördern wir die Forschung und Entwicklung von nachwachsenden Rohstoffen als Startpunkt der Produktkreisläufe der Zukunft. Dabei berücksichtigen wir gezielt die

Anforderungen an einen gentechnik- und schadstoffreien Anbau und der ökologischen Nahrungsproduktion. So schaffen wir die Basis für zukunftsfeste Arbeitsplätze in Bereichen wie Landwirtschaft, Chemie, Industrie und Kreislaufwirtschaft.

Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft

Abfälle sind für uns kein Müll, sondern die Ressourcen von morgen. Wir entwickeln den ökologischen Abfallwirtschaftsplan zu einem echten Kreislaufwirtschaftsplan weiter. Neben Abfallvermeidung und Rohstoffrückgewinnung setzen wir dabei auf regionale Entsorgungsautarkie, damit die Ressourcen direkt wieder in den regionalen Wirtschaftskreislauf Eingang finden. Wo auch in Zukunft Deponien benötigt werden, steht für uns der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt im Vordergrund. Nur mit frühzeitiger, vorausschauender Planung und Beteiligung der Bürger*innen auf Augenhöhe kann das gelingen. Vorhandene Altlasten werden in Zukunft systematisch erfasst und wann immer möglich entfernt. Das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz wollen wir novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt. Wir streben dabei an, dass ressourcenleichte und kreislauftaugliche Produkte bei der Beschaffung des Landes bevorzugt werden und eine davon abweichende Beschaffung mit einer Begründungspflicht einher geht. Wir wollen Güter und Materialien mit digitalen Produktpässen ausstatten. Im Rahmen eines Pilotprojekts in Zusammenarbeit mit der EU werden wir in NRW hier Vorreiter.

Neue Industrie-Jobs in einer modernen Kreislaufwirtschaft

Der Weg in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist für die einstigen Herzkammern der Industrie und des Wohlstands in NRW vom Rheinischen Revier bis ins Ruhrgebiet eine einmalige Chance, mit sicheren Jobs und gutem Leben in die Zukunft zu gehen. Initiativen wie der “Circular Valley Wuppertal” und die “Greentech.Ruhr” sind schon heute Leuchtturmprojekte mit einer Strahlkraft weit über NRW hinaus. So entsteht vielerorts auch wieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das nach vorne und nicht zurück blickt. Wir unterstützen diese Projekte und werden unter der Dachmarke “Zero.Waste.NRW” unser Bundesland zu einer Modellregion für das Ende der Wegwerfgesellschaft machen, mit innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu haushaltsnahen Abfällen. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.

Wir schaffen grünen Boden für das Handwerk

Klimaschutz braucht das Handwerk

Für unsere sozial-ökologische Energiewende setzen wir Grüne auf das starke, hochqualifizierte und innovative Handwerk. Kaum ein Wirtschaftszweig wird im gesamten Spektrum des Klimaschutzes so sehr gebraucht wie das Handwerk. Neben vielen anderen Berufsgruppen ist hier insbesondere das Bauhandwerk entscheidend.

Damit das Handwerk in seiner ganzen Breite vom Umbau unserer Infrastruktur profitiert, setzen wir auf eine starke Tarifpartnerschaft, branchenspezifische Mindestvergütungen und fairen Wettbewerb. Lohndumping, Werksverträge und ausbeuterische Subunternehmermodelle bekämpfen wir und werden dafür klare rechtliche Grundlagen schaffen. Weil gerade das Handwerk einer ständigen Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in welchen Gewerken eine Meister*innenpflicht wieder notwendig ist, fortlaufend gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und Reformbedarf abarbeiten. Wir werden den Betrieben passgenaue Unterstützung anbieten, damit die ökologisch-digitale Transformation auch im Handwerk Realität wird. Hierbei ist es uns wichtig, dass die Handwerkenden ihre Identität, und damit die Souveränität über ihre Daten und Prozesse, erhalten können und Zugang zu e-Commerce Vertriebsmöglichkeiten selbstverständlich werden. So schaffen wir Perspektiven für die Fortführung der Betriebe durch die junge Generation. Bürokratie, die kleine und mittelgroße Handwerksbetriebe - oft systemrelevant für die Umsetzung der Energiewende und lokale Versorgungsketten - in ihrer Fortführungsperspektiven hemmt, muss abgebaut werden.

Nachfolge fördern

Der demographische Wandel wird dazu führen, dass viele Betriebe in naher Zukunft neue Eigentümer*innen brauchen. Wir wollen die potenziellen Nachfolger*innen bei den Anforderungen, die Digitalisierung, Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit mit sich bringen, fördern: durch passgerechte Unterstützung und günstige Kredite für geplante Maßnahmen in diesen Bereichen. Unsere vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen, wollen wir erhalten und zukunftsfest aufstellen.

Fachkräfteoffensive für das Handwerk

Das Handwerk braucht dringend Nachwuchs, denn in den kommenden Jahren gehen - zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in den Ruhestand und/oder geben ihre Betriebe aus Mangel an Nachfolger*innen auf. Um Menschen für das Handwerk zu gewinnen, werden wir gemeinsam mit den Innungen und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:
Erstens stärken wir die duale Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche Praxisanteile. Daneben werden wir die Lerninhalten mit Blick auf Klimaschutz, Regionalisierung, Digitalisierung, und Automatisierung weiterentwickeln und eine stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch ausweitung von Aus- und Weiterbildungskooperationen zwischen handwerklicher Ausbildung und eines entsprechenden aufbauenden Studiums mit interdisziplinärem Wissenstransfer.. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen und perspektivisch dem Studierendenticket gleichstellen und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Frauen sind in den sogenannten technischen Handwerksberufen unterrepräsentiert, hier fördern wir Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl weiblicher Fachkräfte und Auszubildende. in diesen Berufsfeldern.
Zweitens verstärken wir die Anstrengungen, um Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen.
Drittens verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die Meister*innenausbildung als Zielperspektive analog zum Studium finanzieren, mehr

Stipendien vergeben und Zugänge zu universitären Ausbildungen für ausgebildete Handwerker*innen verbessern. Umgekehrt eröffnen wir Wege aus einem technischen oder naturwissenschaftlichen Studium ins Handwerk. Viertens werden wir auch die Arbeitsmarktzugänge, Ausbildungsanerkennung und Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker*innen aus dem Ausland verbessern.

Wir gestalten den Wandel zusammen mit kleinen und mittleren Unternehmen

Besseres Klima für neue Jobs im Mittelstand

Was für manche lange undenkbar schien, ist längst Wirklichkeit: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft sind selbstverständliche Partner auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Denn ohne einen innovativen Mittelstand, vom verarbeitenden Gewerbe, über das Handwerk und die unterschiedlichen Dienstleistungsbereiche bis hin zu einer lebendigen und mutigen Gründer*innenkultur, können wir unser Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft nicht erreichen. Mit unserem sozial-ökologischen Investitionsprogramm und unserem klaren Fokus auf eine Infrastruktur-, Gesundheits- und Sozialpolitik, die unser Land zukunftsfest macht, schaffen wir ein Konjunkturprogramm, von dem insbesondere der nordrhein-westfälische Mittelstand – vom metallverarbeitenden Betrieb bis hin zum Pflegedienst – profitieren wird. Mit unserem klaren Fokus auf die Erreichung der Klimaziele des Pariser Abkommens schaffen wir einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen für Investitionen – bis 2050 und darüber hinaus. So schaffen wir in den kommenden Jahren zehntausende neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in und für NRW.

Fachkräfte braucht das Land

Der Fachkräftemangel ist das wohl drängendste Problem in weiten Teilen unserer Wirtschaft. Waren früher vor allem naturwissenschaftliche und Ingenieurberufe betroffen, suchen heute die unterschiedlichsten Branchen dringend nach gut ausgebildeten Menschen. Wir bringen in NRW eine breite Qualifizierungsoffensive auf den Weg, die unsere erfolgreichen Strukturen, wie die duale Ausbildung oder den Meister*innenbrief, stärkt, aber auch neue Wege beschreitet. Gebühren für Berufsausbildungen und Meister*innenbriefe werden wir senken und schrittweise abschaffen. Dazu verbessern wir die Finanzierung außerbetrieblicher und schulischer Ausbildungszentren von Industrie, Handwerk und den sozialen Berufen. Wir bauen die Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufskollegs aus und holen so hochqualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote an unsere Berufsschulen. Lernen auf dem neuesten Stand der Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das wird möglich in landesweiten Bildungsinstituten und durch eine verbesserte personelle und materielle Austattung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten, die eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer in die betriebliche Praxis übernehmen. Sie sollen regionale Orte für die Demonstration von typischen Prozessen in der Produktion der Zukunft werden, in denen auch Entscheider*innen aus kleinen und mittleren Unternehmen Anregungen für eigene Wege zur Industrie 4.0 erhalten. Um noch mehr Menschen für Ausbildung und Qualifizierung zu gewinnen, bauen wir Hürden ab, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch

im Weg stehen. Hierbei legen wir einen besonderen Fokus auf Asylbewerber*innen. Auf allen Ebenen unterstützen wir dabei, sie schon in einer frühen Phase in passende Ausbildungsberufe zu integrieren, und die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu erleichtern, um so dem Fachkräftemangel und der notwendigen Integration erfolgreich zu begegnen.

Nach der Krise: "Jetzt neu starten"

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren entsetzliches Leid über die Welt, Deutschland und auch NRW gebracht. Fast eine Million Infizierte und über 17.000 Todesfälle haben bis zum Herbst 2021 unsere Gesellschaft auch in NRW tief gezeichnet. Auch für große Teile der Wirtschaft ist die Pandemie Zäsur. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen getroffen. Sie hat zudem offengelegt, dass gerade Solo-Selbstständige und Auszubildende zu schlecht abgesichert sind. Ein Neustart nach der Corona- Krise muss daher gezielt an diesen Stellen ansetzen. Wir unterstützen den Neustart kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Soloselbstständigen, Kulturschaffenden und KMU bis 50 Beschäftigten werden wir bei der Rückzahlung der Sofort- und Überbrückungshilfen großzügige Stundungen ermöglichen. Neben diesen finanziellen Hilfestellungen werden wir auch die Restrukturierungs- und Insolvenzberatung für KMU in den kommenden Jahren ausweiten sowie eine zeitnahe Erst- und Folgeberatung finanziell unterstützen. So ermöglichen wir gesteuerte Insolvenzverfahren, bewahren Arbeitsplätze und geben kleinen Unternehmen eine Zukunft. Die Absicherung von Solo-Selbstständigen und Auszubildenden werden wir verbessern, indem wir ihnen Zugänge zu sozialen Sicherungssystemen, wie dem Kurzarbeitergeld, ermöglichen.

Für lebendige Innenstädte und Ortszentren – den Strukturwandel aktiv gestalten!

Lebendige und attraktive Innenstädte und Ortszentren stiften Identität sowie Gemeinschaft und steigern die Lebensqualität. Durch die Transformation des Einzelhandels stehen unsere Zentren vor einem grundlegenden Wandel. Bereits vor der Corona-Krise veränderten sich Konsumgewohnheiten und belasteten den stationären Einzelhandel: ein breites Online-Angebot profitiert von ständiger Erreichbarkeit auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten und einer vermeintlich bequemen Lieferung direkt nach Haus. Dieser tiefgreifende Strukturwandel schlägt sich auch auf weitere Dienstleistungsbranchen, z.B. Reisebüros und Hotels nieder.
Wir befähigen Kommunen, ihre Ortskerne und Stadtmitten zu einzigartigen Orten mit Anziehungskraft zu gestalten: Neue Nutzungen, mehr Kunst und Kultur, Kreativität und ein stetiger Wandel (durch z.B. Start-ups, Pop-ups & Aktionen) locken Besucher in die Zentren. Durch Bildungseinrichtungen schaffen wir gebundene Frequenz. Konsumfreie Orte laden zum Verweilen ein und bieten hohe Aufenthaltsqualität. Hacker- und Maker-Spaces fördern neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements und Zusammenarbeit. So verhindern wir Leerstände, Filialisierungen und Verödung. Dazu benötigen Kommunen dauerhaft ausreichende Ressourcen und nicht nur kurzfristige Projektgelder.

Mit einem Fonds stellen wir finanzielle Mittel bereit, damit Kommunen

strategisch wichtige Immobilien wie bspw. ehemalige Großhandelskaufhäuser erwerben können und so langfristig ihren Gestaltungsspielraum sichern. Mit einem neuen Landeswettbewerb zeichnen wie kommunale Konzepte und Strategien aus, die Innenstädte und Ortszentren lebendig machenund ihnen unverwechselbare Profile verleihen.

Neben Innenstädten und Ortszentren gilt es auch Städte und Gemeinden generell neu aufzustellen und Jahrhundertherausforderungen zu bewältigen: Wo früher nur über Parkplätze und Sonntagsöffnungen debattiert wurde, muss es heute um Klimaschutz, Digitalisierung und die Mobilitätswende als komplexe und miteinander verschränkte Herausforderungen gehen. Die sozialökologische Entwicklung der Städte und Gemeinden zeigt sich in attraktiven Plätzen, dem Ausbau grüner und blauer Infrastruktur, Umnutzungen sowie Verdichtung für Wohnen sowie Quartieren für alle. Dazu benötigen Kommunen eine dauerhaft ausreichende finanzielle Ausstattung, um bspw. eine vorsorgende Flächenpolitik betreiben zu können. So können auch partizipative Prozesse unterstützt werden, Initiativen aus der Zivilgesellschaft reale Stadträume umgestalten und umnutzen sowie lebendige Quartiere entstehen.

Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken

Unter diesem Titel hat die rot-grüne Landesregierung bereits 2016 ein erfolgreiches Förderprogramm aufgelegt, mit dem Städte und Gemeinden bei der Entwicklung innovativer Konzepte für den lokalen Einzelhandel unterstützt werden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen helfen wir gerade kleinen Einzelhändler*innen beim Schritt von der Fußgängerzone ins Internet: Von der lokalen Onlinehandelsplattform über virtuelle Geschäfte, digitale Einkaufsführer bis hin zur (im Internet längst gängigen) Nutzung anonymisierter Kund*innendaten durch den stationären Handel Wir unterstützen mit zusätzlichen Mitteln für zukunftsweisende Smart-City-Ansätze einen lebendigen Einzelhandel, der die Stärken von neuen und traditionellen Geschäftsmodellen verbindet. Kleinen Handelsunternehmen helfen wir die Investitionskosten zur Erschließung dieser neuen Absatzwege zu stemmen. Nicht zuletzt helfen wir so kleinen Läden trotz der großen Marktmacht von Onlineportalen weiter zu bestehen.

Wenn Dein Einkauf vor Dir zu Hause ist – Grüne Logistikpolitik

Warum nicht den Einkauf aus der Fußgängerzone klimaneutral nach Hause liefern lassen? Wir Grüne denken City-Logistik neu und machen Logistikketten effizienter, klimafreundlicher und zeitsparender. Dazu setzen wir auf Innovationen und die Chancen von Elektromobilität, Digitalisierung und Vernetzung. In den kommenden zehn Jahren entwickeln wir in allen Großstädten, aber auch interessierten ländlichen Kreisen, sogenannte City-Hubs, die insbesondere die steigende Zahl von Liefersendungen aus dem Onlinehandel mit Hilfe von Echtzeitinformationen bündeln und die sogenannte letzte Meile, also die Anlieferung nach Hause, klimaneutral organisieren. Lastenräder und Transportfahrzeuge mit alternativen Antrieben machen die Zustellung flexibler, leiser und abgasfrei. Bis 2030 soll jeder Haushalt Anschluss zu Paketboxen haben, um mehrfache Zuliefer-Fahrten zu verhindern. Das beruhigt den Verkehr in

Wohngebieten und verschafft auch den Zusteller*innen mehr Zeit. Dabei müssen auch die Arbeitsbedingungen der Lieferfahrer*innen deutlich verbessert werden, dem Ausbremsen von Betriebsratsgründungen oder der Ausbeutung von Arbeiter*innen treten wir entschlossen entgegen.

Daten für den Wandel nutzen

Als Grüne wollen wir die Klimakrise bewältigen, zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen und Wertschöpfungsketten ermöglichen und mit Wissen und Wissenschaft der Komplexität unseres Zusammenlebens mit Gestaltungsmut entgegentreten. Dafür sind Daten und deren Verfügbarkeit essenzielle Voraussetzung. Die öffentliche Hand muss Datenzugang, Datenverfügbarkeit und gemeinwohlorientierte Regeln für das Teilen von Daten in Zusammenarbeit aller politischen Ebenen aktiv vorantreiben. NRW unterstützt die Pläne auf Bundesebene für ein Dateninstitut und regulatorische Maßnahmen zur Nutzung von Daten durch Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche

Die unentwegt wachsende Zahl von Lastwagen und Lieferfahrten schadet Klima und Umwelt und überlastet Straßen und Parkplätze. Das schnelle Wachstum der Logistikbranche ging in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf die Knochen der Beschäftigten von Speditionen, Logistikzentren und Lieferdiensten. Darum setzen wir die erreichten Verbesserungen bei Lenk- und Ruhezeiten für Fahrer*innen und das Kabinenschlafverbot mit besonders geschultem Personal konsequent durch. Das gilt auch für Speditionen aus dem Ausland, deren Fahrerinnen und Fahrer oft zu Dumpinglöhnen schuften. Wir pochen auf eine funktionierende Tarifpartnerschaft – auch im Versandhandel – und verpflichten Logistikriesen, die Einhaltung von Tarifverträgen, Mindestlohn und Arbeitszeiten auch in ihren Subunternehmen zu garantieren. So sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb.

Reisen nach Corona: Wir machen den Neustart zum Aufbruch für nachhaltigen Tourismus

Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Einige Folgen, wie der Ersatz von Geschäftsreisen durch digitale Konferenzen, werden dauerhaft zu einem Rückgang der Übernachtungen in diesen Bereichen führen. Wir helfen der Branche im doppelten Sinne nachhaltig auf die Beine. Kleine Unternehmen (KU), die durch Corona in Schieflage geraten sind, unterstützen wir beim Neustart. Gemeinsam mit den Branchenverbänden, den regionalen Tourismusagenturen und unserer landeseigenen Agentur „NRW.Tourismus“bauen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um kleinen Betrieben bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu helfen. Wir nutzen auch im Tourismus die Chancen der Digitalisierung, um Angebote bekannt zu machen und zu verknüpfen, attraktive Reisepakete zu schnüren und Besucher*innenströme zu lenken. So verbinden wir den notwendigen Neustart mit einem echten Aufbruch und machen NRW zur führenden Marke für nachhaltigen Tourismus in Deutschland. So hat sich z.B. der erste nordrhein-westfälische Nationalpark in der Eifel in wenigen Jahren zu einem Highlight für den nachhaltigen Tourismus in NRW entwickelt. An

diese Erfolge knüpfen wir an. Wir stellen mit dem Nationalpark Senne einen weiteren einzigartigen Naturschatz unter Schutz und eröffnen so neue Potenziale für einen sanften und nachhaltigen Naturtourismus in Ostwestfalen. So eröffnen wir neue Möglichkeiten für alle, unsere wunderbaren Landschaften von der Weser bis zum Rhein neu zu erleben – naturschonend und klimafreundlich. Gleichzeitig helfen wir traditionellen Tourismusregionen wie dem Sauerland, neue und nachhaltige Tourismuskonzepte zu entwickeln, die im Sommer, aber auch in zukünftig weniger schneereichen Wintern, Gäste nach NRW locken.

Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von Morgen

Gründung beginnt mit Grün: Wir machen NRW zum Start-Up-Spitzenreiter

Bei der Anzahl von Start-up Gründungen liegt NRW hinter Berlin und Bayern. Das werden wir ändern und die Startup-Szene in NRW auf das nächste Level heben. Dazu verbessern wir das „Gründer*innen-Stipendium“ und richten landesweit weitere Gründungszentren (sog. „Hubs“) ein, die ambitionierten Gründerinnen und Gründern zur Seite stehen, sei es bei der Bewältigung der Bürokratie, der Kapitalsuche oder dem Produktdesign. Wir fördern im Land und in den Kommunen One-Stop-Shop-Lösungen und digitalisieren den Prozess der Gewerbeanmeldung überall. Durch kluge Schwerpunktsetzungen fördern wir dabei insbesondere Gründungen, die einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung und - bilanzierung legen. Wir gehen voran und stärken die digitalen Geschäftsmodelle der Social Entrepreneurs und gemeinwohlorientierten Start-Ups indem wir sie bei der Beschaffung und Vergabe der öffentlichen Hand stärker berücksichtigen.Eine geschlechtergerechtere Mittelvergabe erreichen wir, indem wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen und bei der Vergabe von Landesmitteln auf eine paritätische Besetzung der Gutacher*innen sowie Jurys setzen Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch andere gesellschaftlich Benachteiligte schaffen. Wir erweitern die Instrumente der NRW.BANK um Start-Ups künftig länger zu begleiten, Skalierungskosten zu finanzieren oder gemeinwohlorientierte Gründer*innen gezielt fördern zu können. Mikrokredite möchten wir noch niedrigschwelliger gestalten. Um jungen Unternehmen den Zugang zu Kapital zu erleichtern, werden wir auch das bestehende Instrument der (zeitlich begrenzten) „stillen Teilhaberschaft“(sog. „Mezzanine-Kapital“) ausbauen. Um jungen Eltern den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern, werden wir eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Elterngeldes für Gründer*innen starten. Außerdem vereinfachen und erleichtern wir den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln und Zuschüssen für StartUps.

Innovation und Spitzentechnologie brauchen Köpfchen, Mut und Wagniskapital

Die nordrhein-westfälische Wissenschaft, unsere Traditionsunternehmen und auch die Gründer*innenszene verfügen über Fachkompetenz und unternehmerischen Mut. Wir sorgen dafür, dass sie für die Ideen und Technologien der Zukunft auch das

notwendige Wagniskapital erhält. Mit einem grünen Wagniskapitalfonds stellen wir gemeinsam mit Bund und Ländern staatlich abgesichertes Kapital zur Verfügung, mit dem auch große Investitionen, insbesondere in Bereichen wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Life-Sciences, Quantencomputing oder der IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können, bei denen Hausbanken das Risiko einer Finanzierung scheuen. So befördern wir nicht nur den nachhaltigen technologischen Fortschritt, sondern geben Start-Ups und dem forschenden Mittelstand dauerhaft eine Heimat in NRW. Dabei stellen wir sicher, dass Unternehmerinnen in besonderem Maße von dem Fonds profitieren, denn sie kommen in der klassischen Wagniskapitalfinanzierung bisher zu kurz.

Arbeiten wo man lebt: Homeoffice und Coworking ausbauen

Die Arbeit im Homeoffice prägt spätestens seit Corona das Arbeitsleben von Millionen Menschen in NRW. Auch "Coworking-Spaces" werden immer beliebter – Arbeitsplätze, die Selbstständige und Unternehmen gemeinsam mit anderen nutzen, meist zu einem Bruchteil der Kosten, die eigene Büros, Studios, Labore oder Werkstätten verursachen. In jedem Fall sind diese neuen Arbeitsorte flexibler, kommunikativer und flächensparender. Zusätzlich haben sie das Potential, Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden, Homeoffice und Co-Working darum besonders fördern, indem wir Homeoffice im öffentlichen Dienst ausbauen, die verstärkte Anmietung oder Bereitstellung von wohnortnahen Co-Working-Arbeitsplätzen - insbesondere in zur Zeit leer stehenden Bestandsimmobilien - seitens öffentlicher Arbeitgeber unterstützen und dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Wie streben eine Anpassung der Arbeitsstättenverordnung an die flexibleren Anforderungen der mobilen Arbeit an, ohne Gesundheits- oder Sicherheitsstandards zu senken. Insbesondere im ländlichen Raum und in dezentralen Stadtteilen werden wir die Gründung privatwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Co-Working-Spaces finanziell fördern, indem wir die Städtebau- und Strukturförderung für entsprechende Vorhaben öffnen. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für starke betriebliche Mitbestimmung in der neuen Arbeitswelt ein. Konkret werden wir das Landespersonalvertretungsgesetz überprüfen und bei Bedarf anpassen, damit Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Dienststellen unseres Landes für Arbeit 4.0 ausreichend gewappnet sind.

Weniger, schneller, effizienter: Mit digitalen Lösungen Bürokratie vereinfachen

Generationen von Politiker*innen haben ihn versprochen: den Bürokratieabbau. Auch wir können die Bürokratie nicht abschaffen, aber wir machen sie digitaler, schneller und effizienter und bauen so Belastungen für Selbstständige und Unternehmen ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behördenkontakte, Statistikpflichten und Steuerangelegenheiten über eine zentrale Plattform abwickeln können. Behördliche Entscheidungs-, Genehmigungs- oder Prüfungsprozesse werden wir mit Hilfe digitaler Anwendungen beschleunigen und wo möglich ganz automatisieren. Auch die Arbeit von Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten wird digital. Dazu werden wir in einem Beteiligungsprozess mit Öffentlichkeit und Unternehmen bis Ende 2023 Maßnahmen für eine digitale Strukturreform für die Landesbehörden und kommunalen Verwaltungen erarbeiten.

Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen werden wir von übermäßigen Bürokratieanforderungen und Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw. anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen – Wir machen Wirtschaftsförderung extra für Frauen und marginalisierte Menschen

Frauen genau wie kleinere marginalisierte Gruppen stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen ebenso, wie für die Möglichkeiten sich selbstständig zu machen oder ein Unternehmen zu gründen. Damit sich das ändert, werden wir in allen Wirtschaftsförderprogrammen des Landes NRW – von der Gründungsförderung bis zur Hightech-Forschung – ein separates Budget ausschließlich für die Förderung von Frauen sowie genderqueeren Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund reservieren. Davon unbenommen behalten oben genannte weiterhin Zugang zu den „freien“ Mitteln der Fördertöpfe. So stellen wir sicher, dass Frauen wie auch andere marginalisierte Personengruppen an allen Wirtschaftsfördermaßnahmen partizipieren und ermutigen jene Menschen, die als Ganzes die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wiederspiegeln,, bestehende Widerstände zu überwinden und sie als Gemeinschaft abzubauen. Besondere Beachtung sollen darüber hinaus mehrfach marginalisierte Menschen bekommen, da diese oft vor zahlreicheren Hürden stehen, was sich stets in ihrer wirtschaftlichen Realität wiederspiegelt.

Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ – Mehr Wachstum für Kooperation und Gemeinwohl

Unsere bestehende Wirtschaftsweise sprengt neben den planetaren Grenzen ebenso gesellschaftliche Grenzen. Deswegen ist es für uns von herausragender Bedeutung, sich das grundgesetzliche Ziel allen Wirtschaftens wieder klarer vor Augen zu führen: das Gemeinwohl.

Gemeinnützige Arbeitgeber*innen in Kultur, Sport oder sozialen Bereichen leisten täglichen ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag, um unser Land voranzubringen. Wir möchten zusätzlich Purpose-Unternehmer*innentum, Sozialunternehmen, Genossenschaften, Sharing-Projekte, solidarische Gemeinschaften ("Commons") stärken sowie die nachhaltige und solidarische Plattform-Ökonomie in unserem Land mit geeigneten Beratungs- und Unterstützungstrukturen (z.B. Wirtschaftsförderung 4.0) unterstützen.

Zugleich gehen wir mit den landeseigenen Betrieben bzw. Beteiligungen als gutem Beispiel voran und setzen uns für ein Pilotprojekt für die Gemeinwohl-Bilanzierung von landeseigenen Betrieben in der kommenden Legislaturperiode ein und laden privatwirtschaftliche Unternehmen mit einer Beratungsunterstützung ein, an diesem Pilotprojekt teilnzunehmen

Wir machen den Verbraucherschutz fit für die Aufgaben von morgen

Die Coronavirus-Pandemie hat zwangsläufig viele Dienstleistungen in den virtuellen Raum verlagert. Auch die „Verbraucherzentrale NRW“ hat damals schnell reagiert und ihre Beratungsformate an die Pandemiebedingungen angepasst. Auf diese Weise konnte den Ratsuchenden kompetente und verlässliche Hilfestellung angeboten werden. Eine Entwicklung, die auch nach dem Ende der Pandemie bleiben wird, denn sie macht Vieles einfacher, insbesondere für Menschen, die weniger mobil sind. Deshalb werden wir die Verbraucherzentralen beim Ausbau ihrer digitalen Angebote unterstützen, damit noch mehr Menschen von den wichtigen Angeboten profitieren können.

Damit die Energie- und Wärmewende gelingt, sind große Investitionen der Privathaushalte notwendig. Viele Menschen vertrauen auf die unabhängige Beratung der Verbraucherzentralen bevor sie eine Solaranlage anschaffen oder ein Sanierungsprojekt beginnen. Wir werden daher die Beratungsstrukturen der Verbraucherzentralen in NRW im Bereich Energiewende und Klimaschutz deutlich aufstocken und viele Angebote kostenfrei zur Verfügung stellen.

Für uns gehört eine unabhängige Verbraucherberatung zur Daseinsvorsorge. Gemeinsam mit der „Verbraucherzentrale NRW“ wollen wir das Netz der Beratungsstellen ertüchtigen, wo nötig erweitern und deren Finanzierung langfristig sichern.

Wir schalten Digitalisierung auf Fast Forward

Digitale Infrastruktur ausbauen

Arbeiten im Homeoffice, Filme streamen in der Freizeit, Meetings mit Geschäftskund*innen oder das digitale Bürgerbüro – in vielen Situationen benötigen Menschen und Unternehmen eine funktionierende und schnelle Internetverbindung. Davon ist NRW zu oft noch weit entfernt. Mit einem Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür. Wir unterstützen Kommunen und ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. Wir machen endlich Tempo bei der Ausstattung öffentlicher Einrichtungen mit freiem WLAN. So kommt die digitale Zukunft zu allen Menschen in NRW!

Digitalisierung vor Ort fördern

Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort besonders durch die konsequente Internalisierung von Digitalisierungskompetenzen eigenständig und nachhaltig gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung sowie eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und Ansprechpartner*innen auf Landesebene. Gemeinsam mit dem

Städte- und Gemeindebund professionalisieren wir den Wissenstransfer zwischen den Kommunen, indem wir Erfahrungen und Best Practices zentral sammeln und durchsuchbar machen. Damit alle Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote für digitale Medien ausbauen

Damit Kommunen intelligent, ressourcenschonend und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Coworking-Spaces“ und Standorte für mobiles Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht und die Beschäftigten es wünschen. Dazu gehören passende Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

Wir machen die Digitalisierung für alle zugänglich

Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei. Je wichtiger das Internet im Alltag wird und auch Teile des gesellschaftlichen Lebens im digitalen Raum stattfinden, desto wichtiger ist es, von dessen Nutzung niemand auszuschliessen ist. Es ist wichtig, dass alle einen Zugang zu einer schnellen Internetleitung haben und auch in der Lage sind mit dieser Technik selbstbestimmt umzugehen. Für Menschen ohne eigenes Endgerät setzen wir uns für frei verfügbare PC Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen ein. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierefrei, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“ fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

Wir bauen zukunftsfähig

Besser bauen

Gebäude werden in aller Regel errichtet, um sie über Jahrzehnte hinweg zu nutzen. Die Art und Weise, wie wir heute bauen, hat einen entsprechend langfristigen Einfluss auf die Gesundheit von Menschen, Klima und Umwelt. Mit

einer neuen ökologischen Landesbauordnung werden wir NRW zum Vorreiter einer nachhaltigen ressourcenschonenden Baukultur machen und den Bausektor in den kommenden zehn Jahren vollständig auf klimaneutrale Bauweisen und kreislauffähige Baumaterialien umstellen. Um Ressourcen zu schonen und den sog. „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B. Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau mit Holz aus regionaler Erzeugung - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen oder renovierten Dach. Dort, wo Solarenergie nicht zum Einsatz kommen, sollte die Begrünung von Dächern als Alternative genutzt werden..Öffentliche Bauprojekte müssen auf diesem Weg ihrem Vorbildcharakter gerecht werden. Darum sorgen wir dafür, dass in NRW schon bis 2025 öffentliche Gebäude nur noch klimafreundlich und nachhaltig errichtet werden.

Wir machen Gebäude und Straßen von heute zum Rohstofflager für morgen

Bauabfälle machen rund die Hälfte unseres Müllaufkommens aus. Diese Bilanz ist umso gravierender, da die Produktion der so entsorgten Baustoffe das Klima enorm belastet. So macht allein die Betonproduktion etwa acht Prozent des weltweiten CO_2-Ausstoßes aus. Nachhaltig bauen heißt also auch wiederverwertbar zu bauen, am besten mit bereits recycelten Baumaterialien. Um NRW zum Vorreiter einer nachhaltigen Baukultur zu machen, investieren wir – beispielsweise im Rheinischen Revier – in die Materialforschung sowie die Entwicklung und den Aufbau funktionierender Baustoffkreisläufe. Im Rahmen unserer neuen Landesbauordnung werden wir erstmals feste Quoten für die Verwendung recycelter Baustoffe, wie z.B. Kies, Sand oder Festgesteine festschreiben. Bei Bauaufträgen des Landes werden wir Wiederverwertbarkeit und den Einsatz von Recyclingbaustoffen wie Beton, Glas oder Sekundäraluminium zum ständigen Ausschreibungskriterium machen.

Rohstoff- und Baustoffpolitik für eine lebenswerte Zukunft

Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen Gesteinen haben einige Regionen NRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der Kulturlandschaft Haltern – Lippe – Haard oder Teilen des Bergischen Landes tiefgreifend verändert. Längst sind hier tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte um die Zerstörung der Landschaft oder die Verschlechterung des Grundwassers entbrannt, die durch die ideologische Bagger-Politik von Schwarz-Gelb weiter verschärft wurden. Wir werden den Rohstoffabbau in NRW grundlegend reformieren. Den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen werden wir durch mehr Ressourceneffizienz und den Umstieg in in die Kreislaufwirtschaft schrittweise zurückführen. schrittweise zurückführen. So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden gesellschaftliche Konflikte. Die Ereignisse von Blessem haben gezeigt: Der Abbau von Bodenschätzen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten, noch dazu in Überschwemmungsgebieten, kann Leben und Eigentum von Menschen gefährden. Wir werden bestehende Genehmigungen für Kiesgruben und Co. überprüfen, genauso wie die Regeln, nach denen in NRW neue genehmigt werden.

Abbauplanung reformieren, Rohstoffe für kommende Generationen bewahren

Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker- und Festgesteinen wie Sand, Kies, Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbauflächen haben. Wir unterstützen die Forderungen des Niederrheinappells von 2019. Zur Entlastung bei der Ausweisung neuer Flächen und zur Vermeidung weiteren Fakten-Schaffens sind kurzfristig im Landesentwicklungsplan die Versorgungszeiträume von 25 Jahren wieder auf maximal 15 Jahre zu reduzieren, wobei der regionale Bedarf unserer heimischen Bauindustrie und nicht zurückliegende Abbaumengen Grundlage der Berechnung sein muss. Fehlanreize bauen wir durch diese neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Wir werden die Planungen zukünftig auf Landesebene steuern. Ausgewiesene Flächen können bis zum Abbau für erneuerbare Energien genutzt werden.

Anders als z.B. beim Abbau von Braunkohle ist die Beseitigung der landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und Festgesteinen weitgehend ungeregelt. Zukünftig sind zur Betriebsgenehmigung Renaturierungspläne vorzulegen,die die dauerhaften Folgen wie abgesenkte Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen sowie die Kostenträgerschaft verbindlich regeln. Mit der Einführung einer Rohstoffabgabe auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe. Einnahmen aus der Rohstoffabgabe sollen z.B. für Altlastensanierung und Flächenentsiegelung verwendet werden.

Wir geben dem Finanzstandort in NRW ein Zukunfts-Profil

Sparkassen als Partnerinnen von Kommunen und Mittelstand stärken

Die Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in NRW: mit 86 Instituten, Einlagen von 251 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von 230 Mrd. EUR und einem Marktanteil bei von bis zu 50 Prozent spielen sie eine entscheidende Rolle für den Finanzstandort NRW. Die Institute sind vor Ort meist eng verwurzelt, unterstützen lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. An der ökologischen und digital-nachhaltigen Transformation in Kommunen und Mittelstand, aber auch an der Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die Sparkassen allerdings zu selten. Auch die Eigenlagen von Sparkassen und die Anlageberatung für Privat- und Geschäftskunden sollen nach ESG-Kriterien erfolgen und zum Standard werden. Ein Grund hierfür ist der enge Rechtsrahmen des Sparkassengesetzes. Damit unsere Sparkassen ihr finanzielles Potential und die wirtschaftliche Kompetenz künftig freier entfalten können, werden wir dieses anpassen.

NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank machen

Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die sozial-ökologische und digital-nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen. Die Verwirklichung dieser Transformation erfordert die Aktivierung und Mitwirkung vieler Stakeholder. Einen Baustein bildet die staatliche, landeseigene Förderbank NRW.BANK. Als haushaltsunabhängige und wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei der Unterstützung der mittelständigen Wirtschaft, unserer Kommunen und bei der Wohnraumförderung eine Reihe von Leistungen, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen. Um die Rolle der NRW.BANK für die sozial-ökologische und digital-nachhaltige Transformation zu stärken, ergänzen wir ihren staatlichen Auftrag um das Förderziel „Transformation“ und richten das Geschäftsmodell der NRW.BANK und ihre Förderstrategie an den Zielen „Transformation“, „Nachhaltigkeit“ und den Empfehlungen des „Sustainable Finance“ Beirats der Bundesregierung aus. Unser Ziel ist, die NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank Deutschlands zu machen.